

Begrüßung

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Just,
werte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Presse,
liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger!

Die Kämmerei hat unter der Leitung von Herrn Schröder und mit Unterstützung von Frau Stier wie immer einen solide kalkulierten Haushaltsentwurf vorgelegt. Wie wir das von unserem Kämmerer und seinen Mitarbeitern gewohnt sind, wurde gute Arbeit geleistet.

Wir bedanken uns bei der Kämmerei.

Die Umstellung auf das neue kommunale Haushaltsrecht und die damit verbundene Einführung der Doppik führte im vergangenen Jahr zu Verzögerungen. Dieses Jahr knüpfen wir wieder an die Hirschberger Tradition an, den Haushalt des kommenden Jahres bereits vor Weihnachten beschließen zu müssen.

Wir bewundern hierbei den Fleiß unserer Kämmerei und unseres Bürgermeisters. Doch manches Mal hätten wir uns mehr Zeit gewünscht, um uns mit dem Zahlenwerk eingehender zu beschäftigen.

Was an Haushaltsvorschlägen von den Fraktionen formuliert wurde, hätte breiter diskutiert werden müssen. Dass die FDP Verschiebungen pressewirksam als Sparmaßnahmen präsentiert und die FWV bereits Verkauftes noch einmal auf den Ladentisch legte, war dreist bis amüsant.

Wer sich mit solchen Vorschlägen als Haushaltsexperte brüstet, sollte auch den kritischen Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern nicht scheuen; mehr Öffentlichkeit hätte manch eine populistische Forderung als solche entlarvt. Gerade in der Haushaltsdebatte sollten wir den offenen Dialog mit dem mündigen Bürger nicht scheuen. Es ist schließlich sein Geld, das wir in die Hand nehmen.

Hirschberg und auch der BM brächen sich keinen Zacken aus der Krone, in diesem Falle mit einer Hirschberger Tradition zu brechen und sich weniger Hauruck zu verordnen.

Januar ist auch ein guter Termin, um einen Haushalt zu verabschieden.

Einleitung

Das vorliegende Zahlenwerk zeigt deutliche Spuren des demografischen Wandels, der Hirschberg voll erfasst hat. Der Großteil unserer Investitionen war und ist von dem Bemühen geprägt, den stetigen Bevölkerungsrückgang in Hirschberg zu bremsen.

Auch die GLH ist davon überzeugt, dass der Ausbau der Betreuungsplätze für Kinder und Senioren größte Priorität hat, zumal uns der Gesetzgeber zu großen Anstrengungen bei den Kindergartenplätzen verpflichtet. Hirschberg hat hier in den vergangenen zwei Jahren sehr gute Arbeit geleistet. Auch der Haushalt 2013 wird noch von diesen Anstrengungen geprägt sein.

Kredite, die aufgenommen werden, um diesen Teil unserer Anstrengungen zu finanzieren, sind auch unter dem Gesichtspunkt der Nachhaltigkeit jederzeit gerechtfertigt.

Eines ist aber auch klar: 8 Millionen Euro wurden am Sportzentrum in Beton gegossen. Ohne dieses Projekt hätten wir keine Kredite gebraucht, um unseren Kindern und Alten eine angemessene Versorgung zukommen zu lassen.

Aber wir alle haben diesen Funktionsbau gewollt.

Das Hilfsleistungszentrum ist für das Zusammenwachsen Hirschbergs nicht nur von symbolischer Bedeutung; es rationalisiert auch die Arbeitsvorgänge der Feuerwehr, des Bauhofs und des Roten Kreuzes. Insofern bedauern wir die Investition nicht.

Die Überalterung unserer Bevölkerung bringt uns in eine Zwickmühle: Wir werden zunehmend abhängig von der Einkommens- und Gewerbesteuer.

Im Moment läuft es gut für Hirschberg: Je älter die Menschen sind, desto mehr Einkommen erzielen sie in der Regel während ihres Berufslebens. Der Altersdurchschnitt in Hirschberg beträgt derzeit etwas über 48 Jahre. Fette Jahre stehen uns also bevor.

Das wird sich aber absehbar und dennoch schlagartig in 15 bis 20 Jahren ändern. Spätestens 2025 wird ein Heer von Rentnern in Hirschberg leben – und die Einkommenssteuerquelle wird nicht mehr sprudeln. Diese Konjunkturdelle wird dann zu einer existentiellen Gefahr.

Hauptteil

Strukturelle Haushaltlage

Anhebung der Gewerbesteuer

Vor diesem Hintergrund war es richtig, für das kommende Jahr den kommunalen Hebesatz für die Gewerbesteuer zu erhöhen. Was von der Mehrheit des Gemeinderates noch zuvor als grünes Hirngespinnst mehrheitlich abgelehnt wurde, war auf einmal „alternativlos“, wie es die Bundeskanzlerin so schön auszudrücken pflegte. Denn die Lasten der Allgemeinheit müssen auch von denen getragen werden, die mehr leisten können und denen wir als Gemeinde die notwendige Infrastruktur bereitstellen.

Personalausgaben

Den historischen Tiefststand bei den Personalausgaben 2013 verdanken wir in erster Linie der zwangsläufigen Verjüngung der Verwaltung.

Wir müssen aber darauf achten, dass die Verwaltung sachkompetent bleibt und Aufgaben im Sinne der Bürgerschaft bewältigt.

Wir erkaufen die geringen Personalkosten häufig durch teure Gutachten von außerhalb.

Baumaßnahmen müssen jedoch sorgfältig kontrolliert und abgenommen werden.

Sonst kostet uns das viel Geld!

Energiekosten

Eigentlich sind wir es leid, die Litanei der stetig steigenden Energiekosten an dieser Stelle jährlich zu wiederholen. Im Bereich der Energieeffizienz und damit im Bereich des Klima- und Umweltschutzes erscheint uns vieles „wie dem Ochs ins Horn gepetzt“!

Bei Neubauten und Sanierungen haben wir oft zu kurzfristig gedacht und gemeint, konventionelle Lösungen sind scheinbar billiger. Sind sie aber nicht! Wer die heutzutage möglichen Technologien nicht ausreizt, zieht am Ende den Kürzeren.

Wir sind nicht einmal in der Lage, uns verbindliche Ziele im Bereich der Energieeffizienz zu setzen. Vielleicht hilft uns ja 2013 die Erstellung eines Klimaschutzkonzeptes weiter.

Kredite

Neue Kredite sind vertretbar. Die aktuelle Zinsentwicklung ist günstig; die Hirschberger Tilgungsmoral ist solide. Aus unserer Sicht wäre es sogar vertretbar, bei sinnvollen Investitionszielen den Kreditrahmen zu erhöhen anstatt ans „Eingemachte“ zu gehen.

Veräußerung gemeindeeigener Grundstücke

Wir hatten und haben gewaltige Investitionsmaßnahmen zu stemmen. Dafür jedoch Grundstücke zu verkaufen, um die strukturellen Defizite im Haushalt zu kaschieren, hat Tradition, ist jedoch der falsche Weg.

Der Verkauf zentraler Grundstücke wird nachfolgende Generationen langfristig mehr belasten als ein Kredit mit fünfjähriger oder zehnjähriger Laufzeit.

Wir versuchen die Denkweise zu verstehen: Eigentum ist ein belastendes Gut; es will unterhalten werden. Wer Eigentum hat, muss damit etwas anstellen; dies erfordert unternehmerischen Mut und kostet Geld. Ein schlanker Verwaltungsapparat darf sich damit nicht belasten, er muss es abstoßen. Das Geld in der Tasche ist wichtiger als ein Wert, auf dem Verantwortung lastet.

Wir halten dagegen: Solange Kredite günstig sind und die Gelder sprudeln, können wir uns neue Schulden leisten. Deswegen sollten wir gründlich überlegen, ob wir unser Tafelsilber verscherbeln. Irgendwann in absehbarer Zeit sind die Kassen klamm; und dann stehen unsere Kinder und zukünftigen Gestalter mit leeren Taschen da.

Jetzt haben wir die Chance und hätten auch das Geld, um nachhaltig in Bereiche zu investieren, die in naher Zukunft kostenintensiv sein werden.

Energieeffizienz, Landschaftsschutz (inklusive präventiver Maßnahmen gegen die Auswirkungen des Klimawandels), wohnortnahe Grundversorgung, vernetzte Mobilitätskonzepte, soziale Fürsorgesysteme, das sind die Herausforderungen einer immer älter werdenden Gesellschaft; sie werden den zukünftigen Ergebnishaushalt belasten, wenn wir jetzt nicht handeln.

Flächennutzung ist nicht Privatsache des Grundbesitzers, Flächennutzung ist eine gesellschaftliche Aufgabe. Denn Grund und Boden sind nicht vermehrbar. Außerdem wirken die darauf stehenden Gebäude stets in den öffentlichen Raum hinein. Sie prägen das Ortsbild und damit auch unsere Gesellschaft auf lange Zeit. Architektur ist keine Privatsache, Architektur trägt Verantwortung.

Wir können es weltweit sehen: Spekulationen mit Grund und Boden sind immer mit großen Nachteilen für das Gemeinwesen verbunden. Wir sind deshalb der Meinung, dass die Sahnestückchen in unserem Ort dieser potentiellen Spekulation entzogen werden müssen. Vorhaben, die der Kommune dienen, müssen uns auch nachhaltig zur Verfügung stehen. Wir bedienen nicht die Interessen der Spekulanten, wir sind für die Menschen da.

Gemeindeeigene Filetstücke dürfen nur in Verbindung mit einer Erbpachtlösung erschlossen werden. Die kurzfristige Entlastung, die ein Verkauf für den Haushalt bringt, wird mit langfristigen Nachteilen für die nächsten Generationen erkauft. Nachhaltig ist das nicht!

Erbpachtregelung ist sinnvoll; darüber müssen wir im Gemeinderat noch ernsthaft diskutieren.

Notwendige Investitionen (Daseinsfürsorge)

Kanäle und Straßen

Die Sanierung unserer Kanäle ist eine Investition in die Zukunft. Gleichzeitig schützt sie nachfolgende Generationen vor hohen Kosten für marode Kanäle und gravierende Umweltschäden. Sanierungsmaßnahmen sind eine Vorsorge angesichts des Klimawandels mit zunehmenden Extremwetterereignissen. Deswegen unterstützen wir die geplanten Maßnahmen.

Doch man kann noch mehr tun: Abwasserkanäle müssen effektiv entlastet werden. Flächenversiegelung muss deutlich reduziert werden.

Grundstückseigentümer, die sich Zisternen zulegen, müssen bei der Abwassergebühr entlastet werden. Es gibt Gemeinden, die solche Privatinvestitionen wesentlich mehr als wir unterstützen, wohlwissend, dass solche Maßnahmen das kommunale Kanalnetz entlasten.

Verkehrsplanung

Beim Thema Verkehr verstehen viele hier im Gemeinderat nur Auto.

Der öffentliche Nahverkehr ist ein lästiges Thema und wird uns ständig aufgezwungen. Eine ständige Buslinie zwischen Hirschberg und den Naherholungsräumen in Heddesheim am Samstag rechnet sich nicht. Die OEG lässt uns wochentags ab 22:30 Uhr weiterhin eine Stunde warten.

Das ist falsches Denken; so entlasten wir den Straßenverkehr nicht:

Wir fordern einen besseren ÖPNV. Unter der Woche abends brauchen wir den 30-Minuten Takt.

Wir müssen auch mit unseren Nachbarn in Schriesheim und Weinheim reden. Diese empfinden das derzeitige Abrechnungssystem des Rhein-Neckar-Kreises als ungerecht. Das kann man verstehen.

Fußgänger und Radfahrer sind immer noch Verkehrsteilnehmer zweiter Klasse. Viele Gemeinderäte sehen die Welt leider nur aus der Perspektive der Autofahrer.

Die GLH wird demnächst Vorschläge unterbreiten, um die Situation für Radfahrer und Fußgänger zu verbessern. Da erwarten wir von Verwaltung und Gemeinderat Kooperation.

Kinderbetreuung

Die Kleinkindbetreuung in Hirschberg ist gut. Wir werden die Zahlen der Bedarfsplanung auch erfüllen. Auch Großsachsen erhält die notwendige Erweiterung seines Kindergartens. Wir haben alles richtig gemacht.

Die Diskussion um eine alternative Kindergartengruppe auf dem Marbacher Hof empfanden wir jedoch als einen Tiefpunkt in der Außendarstellung des Gemeinderates. Familienfreundliche Kommunalpolitik sieht so nicht aus. Anders als die Initiatoren dieses Projektes sind einige Gemeinderäte blind für die Bedürfnisse der Eltern nach pädagogischen Alternativen. Bauernhofkindergärten gibt es, und sie kommen gut an! Ein Bauernhofkindergarten wäre auch in Hirschberg eine riesige Chance, und die sollten wir erkennen und stützen.

Schulentwicklung

Bei der Entwicklung der Schulen in Baden-Württemberg stehen Veränderungen an. An der Karl-Drais-Schule leisten alle Beteiligte gute Arbeit. Ob das aber ausreichen wird, um den Standort zu sichern, scheint zweifelhaft. Die Schülerzahlen sinken.

Wir haben die Rahmenbedingungen geschaffen, in denen das Umfeld sich positiv entwickeln kann. Unser Antrag auf Mittel für die Umgestaltung des Pausenhofs ist ein Beitrag hierzu.

Zur Verantwortung des Schulträgers gehört es aber auch, rechtzeitig darüber zu reden, welche Art Schule hier zukunftsfähig ist. Wir müssen prüfen, ob in Hirschberg eine Werkrealschule oder eine Gemeinschaftsschule der richtige Weg ist.

Die grün-rote Landesregierung bietet Unterstützung und Entscheidungsfreiräume.

Hemsbach hat eine Bürgerwerkstatt eingerichtet; ein Moderationsprozess schließt sich an. Dies ist ein guter Weg.

Auch wir müssen schleunigst über den Weg nachdenken, sonst stellt uns der demografische Wandel vor vollendete Tatsachen.

Klimaschutz (Sanierung Alte Turnhalle)

Erstmals wird Hirschberg im kommenden Jahr ein Klimaschutzkonzept erstellen lassen. Das haben außer den Freien Wählern alle gewollt. Die wollten sogar das „Klimagutachten“ ablehnen und haben dabei die Adresse verwechselt.

Sie sollten sich damit besser an die UNO oder die Bundesregierung wenden.

Auch in diesem Bereich wurden wir durch Zuschüsse der Landesregierung zum Jagen getragen. Man kann das bequem nennen oder clever, dringend notwendig ist es allemal.

Bei der Sanierung der alten Turnhalle in Großsachsen können wir zeigen, wie ernst es uns ist. Die gegen die Stimmen der FDP beschlossene Sanierungsmaßnahme muss strukturierter angegangen werden wie die Heizungssanierung im Rathaus. Es besteht hier die Möglichkeit, einen Energiefresser in der Gemeinde auf Diät zu setzen. Darauf müssen wir bei der Ausschreibung achten.

Betreutes Wohnen

Wir brauchen betreutes Wohnen auch in Leutershausen. Der Standort Mozartstraße, wie von der Verwaltung angestrebt, ist ideal. Man sollte beim Bau und beim Betrieb auf die Fachkompetenz von außerhalb zurückgreifen.

Aber auch hier muss man nicht dauerhaft seine Einflussmöglichkeiten aus der Hand geben, indem man das Grundstück verkauft.

Erhalt und Sanierung Gemeindeeigener Wohnungen

Der Erhalt und die Sanierung gemeindeeigener Wohnungen sind ein wichtiger Beitrag zur Daseinsfürsorge, vor allem auch der Menschen in Hirschberg, die vor dem Hintergrund steigender Mieten und unerschwinglicher Grundstückspreise keine Alternativen haben. Die Gemeinde muss diese Gebäude erhalten. Auch hier ist ein Verkauf nicht in jedem Fall eine Verbesserung, weder für die Gemeinde noch für die betroffenen Bürgerinnen und Bürger. Bezahlbarer, guter Wohnraum ist rar, soziale Ausgrenzung ist allgegenwärtig. Hier wird Eigentum zum verpflichtenden Gut, das unterhalten werden will. Für die Gemeinde ist dies ein Pflichtbereich, der nicht schnöde abgestoßen werden darf.

Geplante Investitionen (Zukunftssicherheit)

Entwicklung der Ortsmitten

Bei der Entwicklung der Ortsmitten dürfen wir uns nicht nur auf Leutershausen konzentrieren. Vor allem in Großsachsen sehen wir „nur“ Neubauten (Betreutes Wohnen, Krippe, demnächst Ärztehaus) aber kein Konzept für eine wirkliche Ortsmitte. Auch das geplante Ärztehaus wird den Marktplatz in Großsachsen verkehrstechnisch belasten, ohne ihm ein ortsmittiges Gesicht zu verpassen. Hier ist planerisches Feingefühl gefordert.

Erhalt des Ortsbildes

Gleiches gilt für die Erhaltung des Ortsbildes; Konzepte und Ideen kommen zurückhaltend.

Wir lassen uns von Investoren wachküssen, um ihnen dann die Bebauungspläne nach ihren Gestaltungswünschen zu schustern; dabei stehen wir nicht bei denen, sondern bei den Bürgern in der Pflicht.

Bei der Bebauung Drittelsgasse hat im Vorfeld keine befriedigende Diskussion stattgefunden. Die lästigen Probleme mit dem mündigen Bürger haben die Gemeinderatskollegen des bürgerlichen Lagers offensichtlich nicht. Sie werden anscheinend für die Dauer ihres Mandats unangefochten gewählt und können sich dann austoben. Wir von der GLH haben diesen Luxus nicht. Das Demokratieverständnis unserer Wähler kennt auch den Protest und die Einmischung; dies macht Politik nicht einfacher, aber transparenter.

Wir begrüßen diese Aufmüpfigkeit und sehen es nicht als Schwäche, sondern als Stärke an, darauf einzugehen.

Die GLH hat diese Innenverdichtung nie abgelehnt; sie hat die Bebauung in der nun abgesegneten Form abgelehnt und konstruktive Gegenvorschläge unterbreitet. Die mehrfach wiederholte Behauptung der FWV, die GLH habe diese Innenverdichtung generell abgelehnt, stimmt nicht. Diese wird nicht wahrer, indem man sie wiederholt, sie wird nur penetranter.

Die historischen baulichen Strukturen in den alten Ortskernen sind uns ein wichtiges Anliegen. Unsere Ortskerne drohen immer mehr und unwiederbringlich ihren besonderen Charme und Charakter zu verlieren. Wir haben hier mit unserem Antrag zum Haushalt und unseren eigenen Leitlinien einen Vorschlag gemacht, wie die Gemeinde dem entgegensteuern kann.

Weil wir keinem Parteibuch und keiner Ideologie, sondern nur dem Wohl unserer Gemeinde verpflichtet sind, reichen wir allen die Hand für eine gemeinsame Lösung.

Niemand will bevormunden noch bevormundet werden. Es geht lediglich darum, den Bürgern substantielle Hilfestellung beim Erhalt ihrer ortbildprägenden Gebäudesubstanz zu leisten. Und dazu sollten wir endlich gemeinsam eine Ortsbausatzung für die alten Ortskerne entwickeln.

Entwicklung Breitgasse

Die Breitgasse stirbt aus. Wozu wurde das Einzelhandelsgutachten vom Büro Acocella denn erstellt? Die Verwaltung kann keine Geschäfte betreiben, aber eine Diskussion anstoßen, wie dem Geschäftsterben dort begegnet werden kann.

Hierzu vermissen wir die Diskussion und ein gesamtplanerisches Konzept.

Um die Lärmsituation und Verkehrssicherheit für die Anwohner und Anwohnerinnen der Breitgasse erträglicher zu gestalten, muss „Tempo-30“ eingeführt und ein Zebrastreifen auf Höhe der

Brunnengasse angebracht werden. Wir fordern die Verwaltung auf, diese Maßnahmen bei den entsprechenden Entscheidungsträgern im Kreis zu formulieren.

Mittelfristige Finanzplanung

Dritte Turnhalle

Bei der so genannten dritten Turnhalle gibt es bis jetzt keine objektive Bedarfsanalyse. Dass die Sportvereine und manche Gemeinderäte die dritte Halle wollen, ist aus unterschiedlichen Gründen verständlich. 2014 ist die nächste GR-Wahl. Da muss man schon mal Wahl-Geschenke vorbereiten, die man selber nicht bezahlen muss.

Was wir aber ablehnen, ist eine überflüssige Standortsuche ohne eine seriöse Bedarfsanalyse. Wir sehen darin einen teuren Aktionismus, der nur dem Populismus dient und viel zu früh zu große Hoffnung macht. Wie kann ich den Leuten Sachen versprechen, wenn ich mit einem leeren Sack dastehe? Indem ich am Ende den Grünen die Schuld am Scheitern zuschustere und dabei verschweige, dass ich selbst Hirngespinnste geweckt habe.

Ortsrandstraße

Gemeinderat und Verwaltung sollten sich gemeinsam für den AB-Anschluss Weinheim-Süd stark machen und die Ortsrandstraße vergessen. Auch die ist ein Hirngespinnst, die am Ende nicht an den Grünen, sondern an der faktischen Wirklichkeit scheitern wird. Ob sinnvoll oder nicht, wir werden niemanden finden, der sie bezahlt.

Weinheim-Süd ist noch nicht gestorben, auch wenn die letzten Meldungen in der Presse so geklungen haben!

Zustimmung/Ablehnung

Wir haben den Entwurf des HH-Plans 2013 intensiv diskutiert und sind übereingekommen, dass viele darin enthaltene Ansätze richtig und gut sind. Einig sind wir uns aber auch, dass wir den Verkauf von den zwei großen Grundstücken an zentralen Stellen im Ort für falsch halten.

Nachhaltigkeit ist durch Ausverkauf nicht machbar; der Gestaltungsspielraum wird genommen; vom reinen Verkauf kann man langfristig nicht leben.

Es geht nicht an, dass solche Entscheidungen von grundsätzlicher Bedeutung ohne vorherige Beratung im Gemeinderat uns quasi in den Haushalt hinein gelegt werden.

Diese Planungsabsicht empfinden wir als so gravierend, dass wir es selbst bedauern, den ansonsten soliden Haushaltsentwurf ablehnen zu müssen.

Dem Wirtschaftsplan Eigenbetrieb Wasserversorgung stimmen wir einvernehmlich zu.

Karl Heinz Treiber, GR